



TORSTEN MATZAK

Beitrag für das Webprojekt „Landtagswahl Bayern 2003“

<http://www.landtagswahl-bayern.lmu.de/lwb/de/programme/csu/index.html>

28. Juli 2003

Ein Programm für die "Leberkäs-Etage"

Von Torsten Matzak

Es wird schwer werden für den Wähler, das Regierungsprogramm der CSU sofort zu erkennen, denn ein Wahlprogramm gibt es eigentlich nicht. Das Wahlprogramm ist die zweistündige Rede, die Edmund Stoiber auf dem Parteitag der Regierungspartei am 19. Juli 2003 in Nürnberg gehalten hat - quasi eine vorgezogene Regierungserklärung -, angereichert durch das Regierungsprogramm des Kanzlerkandidaten Stoiber aus dem Jahr 2002.

Stoiber machte in seiner Rede deutlich, wo das Programm steht: Es ist ein Programm für die „Leberkäs-Etage“, während die politische Konkurrenz auf die „Champagner-Etage“ setze. Die Verwurzelung des Regierungsprogramms wollte er damit bei den breiten Schichten des Volkes sehen und die positiven wie negativen Wirkungen nicht einer kleinen Oberschicht, sondern allen gleichermaßen zukommen sollen.

„Beste Bildung“

Die CSU setzt darauf, den Vorsprung, der Bayern in der PISA-Studie attestiert wurde, weiter auszubauen und so international die bayerische Bildungspolitik als Alleinstellungs- und Vorbildmerkmal auszubauen. Kultusministerin Monika Hohlmeier hat für die zukünftige Bildungspolitik bereits in ihrer Regierungserklärung vom 25. Juni 2003 die Grundzüge dargelegt. Es kommt der CSU dabei nicht mehr auf den Ausbau des schulischen Leistungsniveaus, sondern verstärkt auf die Verbesserung des Lernumfeldes sowie die Stärkung der Eigenständigkeit der Schule an.

Mit der Einführung der Evaluationsmethodik soll unter Beachtung eines einheitlichen Grundkanons den Eltern und Schülern die Möglichkeit gegeben werden, die für am besten geeignete Schule zu finden. Die Schule bestimmt dabei selbst ihre Ausrichtung und ihr Profil, welches neben den rein schulischen Anforderungen vom außerschulischen Angebot bestimmt wird. Diese gesteigerten Anforderungen an die Lehrer sollen dann auch in die Lehreraus- und -fortbildung einfließen und so deren Kompetenz für eine individuelle Förderung der Schüler stärken. Voraussetzung hierfür ist die Straffung der Lehrpläne, die letztlich den Schulen eigene Gestaltungsspielräume eröffnen.

Einher mit dieser Orientierungsmöglichkeit der Schulen geht auch die Veränderung des Zeugnisses. Hier soll es nicht mehr lediglich ein starres Notensystem geben, sondern stärker auf die Leistungen und Fähigkeiten der Schüler eingegangen werden. Die CSU hofft damit einerseits, einen Schüler auch bei Schul- oder Lehrerwechsel die Voraussetzung für eine gezielte Förderung geben zu können. Andererseits soll damit aber auch der spätere Einstieg ins Berufsleben erleichtert werden, da Ausbildungsbetriebe hier bereits eine differenzierte Einschätzung bekommen, welche Leistungen und Fähigkeiten sich hinter einer Durchschnittsnote verbergen. In diesen Schritt integriert ist auch die verstärkte Förderung von Sprach- und Lesequitäten auch ausserhalb der Immigrantengruppen.

Zentrales Augenmerk möchte die CSU auf die Förderung der Hauptschule legen. Die bisher drei möglichen Hauptschulabschlüsse sollen in ihrer Qualität weiter ausgebaut werden und die Hauptschule als praxisnahe Bildungseinrichtung gestärkt werden.

Neben der direkten Förderung von Schülern sieht die CSU auch die Vermittlung von Deutschkenntnissen an Eltern von Immigranten als zentralen Ansatzpunkt der Bildungspolitik. Dies ist für sie auch die Voraussetzung, um die spätere Integration in den Arbeitsprozess zu ermöglichen.

Mit Förderangeboten, wie dem Ausbau des Berufsvorbereitungsjahres, soll hauptsächlich lernschwächeren Schülern der Start ins Berufsleben erleichtert werden.

„Beste Wirtschaft“

Die CSU erkennt zunehmend in der schlechten ökonomischen Entwicklung Gesamtdeutschlands auch Auswirkungen für den Standort Bayern. Sie erhofft sich von einer Umwandlung der Wirtschaft und vom Abbau von Subventionsleistungen in "überholten Wirtschaftszweigen" einen Wachstumsimpuls, da diese Mittel dann für neue Technologien und deren Entwicklung zur Verfügung stehen. Gleichzeitig müssen nach Ansicht der CSU Arbeitsmarkt und Sozialstaat umgestaltet werden. Insgesamt unterscheidet die CSU zwischen einem landes- und einem bundespolitischen Anteil der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

Landespolitisch setzt die CSU auf den Ausbau der Infrastrukturen, der einerseits die Ansiedlung weiterer Hochtechnologieunternehmen fördert und andererseits Industrie und Handwerk eine sichere Grundlage gibt. Hierzu zählt unter anderem die Straffung des Behördenapparates zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, die Förderung des unternehmensnahen Technologietransfers durch direkte Kommunikation zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie eine gezielte Ansiedlungspolitik, die auch Konzentrationspunkte einzelner Technologiesektoren schafft. Die Infrastrukturpolitik ist dabei nicht auf dem Ballungsraum München beschränkt, sondern soll verstärkt in den Regionen ansetzen.

Bundespolitisch fordert die CSU vor allem Reformen des Arbeitsmarktes und des Sozialstaates ein: unternehmensorientierte Aufweichung des Flächentarifvertrages sowie des Kündigungsschutzrechtes, Straffung der Pflichten bei Bezug von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, konsequente Steuersenkung. Edmund Stoiber betonte dabei, dass in allen sozialpolitischen Maßnahmen die CSU darauf drängen will, dass diese sozial gerecht und für alle mit einer gleichmäßigen Belastung durchgeführt werden.

Mit einer grundlegenden Steuerreform sollen Unternehmen entlastet werden. Dies soll jedoch nicht zu einer stärkeren Finanzierung der staatlichen Aufgaben über Schulden führen, sondern mit einer Verringerung der Staatsquote einhergehen. Für den Freistaat setzte Ministerpräsident

Stoiber das Ziel in der kommenden Legislaturperiode die Nettoneuverschuldung auf Null abzusenken.

Mit einer grundlegenden Verwaltungsreform und dem Abbau von Vorschriften sollen die Genehmigungsverfahren verkürzt und so der Wirtschaftsprozess dynamisiert werden.

„Beste Familienpolitik“

Die CSU möchte in ihrer Politik die bewusste Entscheidung für die Bildung einer Familie fördern und die durch die Gesellschaft zu setzenden Rahmenvoraussetzungen schaffen. Dabei sieht sie das Erfordernis, einen Einklang zwischen der Entscheidung für Kinder und der Verwirklichung der eignen Lebensentwürfe herzustellen. Einer der finanziellen Aspekte ist die Forderung nach einem einkommensunabhängigen Familiengeld, wodurch den Eltern die Möglichkeit der Wahl zur weiteren Berufstätigkeit eröffnet werden soll.

Um beiden Elternteilen eine berufliche Existenz zu ermöglichen, soll die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder weiter ausgebaut werden, wobei die Erhöhung der Dichte an Kleinkind- und Hortplätzen schwerpunktmässig betroffen sein. Hier sollen auch die Betriebe zur Einrichtung betrieblicher Kinderbetreuungseinrichtungen animiert und so das Projekt "Familienbewusste Arbeitswelt" implementiert werden. Integriert in diesen Plan ist der Bildungs- und Erziehungsplan, der eine individuelle Förderung von Kindern entsprechend ihren Leistungen und Fähigkeiten im Vorschulalter aufzeigen soll. Mit dem Ausbau der Familien- und Eheberatung soll darüber hinaus auf familiäre Konflikte frühzeitig reagiert werden können, um die Familie als Form des Zusammenlebens zu bewahren.

Um auch im Alter ein menschenwürdiges Leben sicherzustellen, sollen die ambulanten Dienste ausgebaut und hier das ehrenamtliche Engagement gestärkt werden. Der Umgang mit Dementen soll durch den Ausbau von Kompetenzkursen verbessert werden.

„Beste Umweltpolitik“

Auf dem Wahlparteitag der CSU wurde gleichzeitig ein unter Federführung von Fraktionschef Glück erarbeitetes Umweltpapier verabschiedet. Eines der Ziele damit ist wohl auch, den Oppositionsparteien den Wind aus den Segeln zu nehmen und den Umweltschutz als eines der zentralen Politikziele der nächsten Legislaturperiode zu definieren.¹

Die CSU will im Bereich der Umweltpolitik verstärkt das Prinzip der Nachhaltigkeit und der Ressourcenschonung in den programmatischen Mittelpunkt stellen. Im Verkehrsbereich ragt hier insbesondere die Forderung nach einer Strassennutzungsgebühr heraus, die neben der gezielten Förderung von regenerativen und verbrauchsmindernden Techniken den Individualverkehr schadstoffmindernd lenken soll.² Als Alternative zum innerdeutschen Flugverkehr soll versteckt auf neue Technologien wie die Magnetschwebbahn gesetzt werden, um den hierdurch entstehenden Schadstoff- und Lärmausstoß zu mindern. Um die CO₂-Immissionswerte deutlich zu um weitere 10 % senken, beabsichtigt die CSU eine Initiative zu einer verstärkten Wärmedämmung von Gebäuden mit einer Vorreiterfunktion des Staates.

Mit Renaturierung von Biotop- und Moorlandschaften sollen weitergeführt werden. Hier sollen auch verbaute Flächen zurückgewonnen werden, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten.

Energiepolitisch möchte die CSU zwar langfristig den Ausstieg aus der Atomenergie betreiben. Jedoch sieht sie hier erst dann die Voraussetzungen geschaffen, wenn die Grundlast des Energiebedarfs ohne fossile Brennstoffe gedeckt werden kann. Bis dahin muss neben der Kernenergie die Wirkkraft der fossilen Brennstoffe ausgeweitet werden und gleichzeitig die Forschung bei regenerativen Energieträgern verstärkt werden.

„Beste Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung“³

Gerade in diesen Bereich fallen zahlreiche Felder der "grossen Politik", aber auch kleine Detailfragen wie die Grenzlandförderung, die gerade für den ostbayerischen Raum von entscheidender Bedeutung ist. Sie sieht in einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik eine enge Verknüpfung mit der Bildungs- und Forschungspolitik, die von der europäischen Politik nicht mehr abzukoppeln sind.

Die EU-Osterweiterung verbindet die CSU mit der Forderung eines gezielten Schutzes des Grenzlandes vor einer existenzzerstörenden Konkurrenz der Beitrittsstaaten, insbesondere der Tschechischen Republik.

Zwar begrüsst die CSU die Ergebnisse des europäischen Verfassungskonventes, jedoch sieht sie ihre Forderung nach einer Rückverlagerung von Kompetenzen im Bereich des Binnenmarktes und der Sozialpolitik auf die Mitgliedsstaaten nicht erfüllt. Gleichzeitig begrüsst sie jedoch die Stärkung der Regionen, die für sie in Zeiten der Globalisierung der Ökonomie das Identitätszentrum der Bürger sind.

Und der Rest?

Ausserhalb der politischen Schwerpunkte werden die weiteren Themen der nächsten Legislaturperiode nur cursorisch angesprochen.

Innere Sicherheit: Die CSU sieht Bayern als den Spitzenreiter als eines der sichersten Bundesländer in Deutschland auch in den Großstädten. Sie verknüpft dabei die Politik der inneren Sicherheit mit der Ausländerpolitik, die für sie immer noch Ordnungspolitik ist. Neben der klaren Absage an die Theorie eines Einwanderungslandes spricht sich die CSU für die Ausweisung von Ausländern bereits dann aus, wenn nur ein Verdacht auf schwere Straftaten besteht und verzichtet hier auf die Schuldfeststellung.

Zur Terrorismusbekämpfung und -abwehr sieht die CSU die Notwendigkeit, die Einsatzmöglichkeit der Bundeswehr im Inneren zu schaffen. Dies soll im Rahmen eines Gesamtkonzeptes erfolgen, an dem neben der Polizei auch die Geheimdienste beteiligt sind.⁴

Föderalismus: Edmund Stoiber hat sich bereits sehr früh auf eine Neuausrichtung des deutschen Föderalismus festgelegt. Neben der Neugliederung des Bundes sieht er vor allem eine Neuverteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern als zwingend erforderlich an, die letztlich in einen Wettbewerbsföderalismus münden würden.

Innerhalb des Freistaates sieht die CSU vor allem eine Fortführung der Dezentralisierungspolitik als erforderlich an. Gleichzeitig muss es nach Auffassung der CSU zu einer Neuordnung der Gemeindefinanzen kommen, die die Kommunen in die Lage versetzt, mit stabilen und planbaren Einnahmen zu wirtschaften.

Quellen:

Rede Edmund Stoiber auf dem 68. Parteitag der CSU, 19.7.2003

Positionspapiere der Foren Wirtschaft, Bildung, Familie und Europa auf dem 68. Parteitag der CSU

Regierungserklärung Monika Hohlmeier, Staatsministerin für Unterricht und Kultus vor dem Bayerischen Landtag am 25. Juni 2003

¹ Vgl. Edmund Stoiber, Rede auf dem 68. Parteitag der CSU 19.7.2003, S. 22

² vgl. "Schützen und Gestalten", Beschluss des 68. Parteitages der CSU, S. 20

³ vgl. Bayerns Zukunft in Europa, Thesenpapier zum Forum Europa auf dem 68. Parteitag der CSU

⁴ vgl. Forderungen für ein Integriertes System des Bürgerschutzes insbesondere für den Fall terroristischer Bedrohungslagen; Positionspapier des Arbeitskreises Polizei und Innere Sicherheit und des Wehr- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreises der CSU

Kurzübersicht

Soziales	
Arbeit	
Wirtschaft	
Inneres	
Rechtspolitik	
Kultur / Kultus	<ul style="list-style-type: none">• Verbesserung des Lernumfeldes und Verschlankung des Lehrplanes bei verstärkter Förderung der Schüler des unteren Leistungsspektrums• Gestaltung individueller Förderpläne und Neugestaltung des Zeugnisses, die eine individuelle Leistungsdarstellung ermöglichen• Profilbildung der Schulen im schulischen und außerschulischen Bereich•
Umwelt	<ul style="list-style-type: none">• Senkung der CO2-Immissionswerte um 10 %• Steigerung des Anteils erneuerbarer Energie gezielt im Bereich der Biomasse-Verwertung• Maßnahmen zum Hochwasserschutz• Förderung regenerativer Energie und Beibehaltung der Atomenergie, bis der Grundlastverbrauch aus regenerativen Energieträgern gedeckt werden kann
Verkehr	<ul style="list-style-type: none">• Förderung neuer Verkehrstechnologie wie den Transrapid, die den innerdeutschen Flugverkehr verringern sollen
Landwirtschaft	
Familie	<ul style="list-style-type: none">• Einführung eines einkommensunabhängigen Familiengeldes, um den Eltern die Wahl zwischen Erwerbstätigkeit und Kindererziehung zu geben• Ausbau der Kinderrippen- und Hortplätze
Europa	
Bayern im Bund	